Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **134 Millionen Euro Gewinn oder 90.000 Euro pro Arbeitnehmer sind Nokia nicht genug**
   Ein dreistelliger Betriebsgewinn für das Bochumer Handy-Werk hat dem finnischen Handyhersteller Nokia nicht ausgereicht, um den Standort zu erhalten. Einem Medienbericht zufolge hatte der Konzern für 2008 ganz andere Pläne mit dem Werk.
   Vertrauliche Pläne des Managements hätten vorgesehen, das Werk so rentabel wie den Standort in Ungarn zu machen, berichtete das Wirtschaftsmagazin „Capital“ am Mittwoch vorab. 14 Mio. Euro sollten dazu in der ersten Jahreshälfte investiert werden.
   Der finnische Handyhersteller begründet die geplante Aufgabe seines Bochumer Werkes mit mangelnder Rentabilität. 2007 erzielte das Unternehmen dem Bericht zufolge in Bochum einen Betriebsgewinn vor Zinsen von 134 Mio. Euro. Damit habe jeder der 1500 Produktions-Mitarbeiter ein Ergebnis von rund 90.000 Euro erwirtschaftet. Nokia Deutschland war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.
   Quelle: FTD
2. **ver.di zu denTarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst: Bund und Kommunen versuchen ein Täuschungsmanöver**
   Einen „Ackergaul als Rennpferd“ verkaufen zu wollen – „auf Pferdemärkten hat man das noch Rosstäuscherei genannt“. So reagierte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske auf das Angebot der Arbeitgeber. Die vorgeschlagenen 2,5 Prozent zum 1. Februar 2008, 1,0 Prozent zum 1. Oktober 2008 und 0,5 Prozent zum 1. März 2009 summieren sich bei der von den Arbeitgebern angestrebten Laufzeit von 24 Monaten auf gerade mal 2,5 Prozent mehr im Jahre 2008 und 0,4 Prozent mehr im Jahre 2009. Diesen minimalen Anstieg sollen die Beschäftigten bei Bund und Kommunen nicht nur selbst finanzieren, sondern dabei sogar noch draufzahlen. Denn die Arbeitgeber wollen die

Wochenarbeitszeit ab 1. Juli 2008 auf 39,5 Stunden und ab 1. Januar 2009 auf 40 Stunden erhöhen.
Quelle: ver.di News

Sehen Sie dort auch die übrigen Themen.

3. **Nachhut des langen Marschs und Vorhut von Attac**
   Wer sind diese Leute, die für die Linke in den hessischen Landtag einziehen? Woher kommen sie, was wollen sie, wie kommunistisch sind sie?
   Quelle 1: taz

   Siehe dazu:

   BILD „analysiert" warum die Linke „so gefährlich" ist
   Quelle 2: BILD.DE
   Quelle 3: BILDblog

   Anmerkung: *BILD schreibt: „Bei der Linken sind zahllose Ex-SED-Mitglieder". Hat das Boulevardblatt übersehen, dass auch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel über Jahre hinweg aktives Mitglied der SED-Jugendorganisation FDJ war?*

4. **Mogelpackung Branchen-Mindestlohn**
   Die Branchen-Mindestlöhne, mit denen die Union den allgemeinen Mindestlohn abwehren will, haben viel mehr Nachteile als eine flächendeckende Lösung – aber keinen der Vorteile, schreibt Handelsblatt-Korrespondent Norbert Häring in einem provokanten Essay.
   Quelle: Handelsblatt

   Anmerkung: *Der Beitrag ist insofern interessant, als er die Widersprüchlichkeit der Argumente der wirtschaftliberalen Gegner eines gesetzlichen Mindestlohns aufzeigt. Den Autor treibt allerdings vor allem die Sorge um, dass von den Tarifvertragsparteien ausgehandelte Mindestlöhne, die für allgemeinverbindlich erklärt werden, zu hoch liegen könnten. Er baut wohl darauf, dass ein politisch festgesetzter gesetzlicher Mindestlohn niedrig genug liegen würde.*

5. **Grundsicherung im Alter und die »Riester«-Rente**
   Selten wurden in den jüngeren gesellschaftspolitischen Debatten derart viele Nebelkerzen geworfen, Krokodilstränen vergossen und falsche Fährten gelegt

wie in der Diskussion um die »Anrechnung« der »Riester«-Rente auf die Grundsicherung im Alter. Mit der jetzt von vielen Seiten geforderten »Belohnung« privater Vorsorge auch noch in der Leistungsphase würde nicht nur die solidarische Rentenversicherung weiter geschwächt – auch das Ziel einer das sozio-kulturelle Existenzminimum garantierenden Fürsorge würde auf dem Privatisierungsaltar geopfert.
Quelle: Arbeitnehmerkammer

6. **Streit um Riester-Gebühren**
   Der Streit zwischen Verbraucherschützern und dem Fondsbranchenverband BVI um die Gebühren bei Riester-Produkten droht zu eskalieren. Es gilt, die Frage zu klären, ob Anbieter von Riester-Fondssparplänen die Vertriebsgebühren komplett in den ersten Jahren kassieren dürfen.
   Das Kassieren der Gebühr zu Vertragsbeginn erbost die Verbraucherschützer, weil damit für Kunden Nachteile verbunden sein können. Bekommt der Sparer zunächst einen hohen Anteil seiner Monatsrate als Vertriebsprovision abgezogen, profitiert er weniger stark vom Zinseszinseffekt und steigenden Kursen in den Anfangsjahren. Und: Kündigt er den Riester-Vertrag vorzeitig, hat er häufig bereits die gesamte Provision gezahlt. „Viele Kunden durchschauen diese Nachteile gar nicht“, kritisiert VZBV-Finanzexperte Manfred Westphal.
   Quelle: FTD
7. **Heuschreck, lass nach**
   Vernichten Private-Equity-Firmen Arbeitsplätze? Der Forscher Christian Andres hat das Treiben der Heuschrecken in Deutschland erstmals untersucht. Ein Interview.
   Andres: In unserer Untersuchung haben wir alle Einstiege von Private-Equity-Fonds im Zeitraum zwischen 1998 und 2007 betrachtet – insgesamt 52 Unternehmen, darunter kleine, aber auch große wie die Deutsche Telekom. Weder konnten wir feststellen, dass im Durchschnitt Arbeitsplätze bei den übernommenen Firmen verschwanden, noch fielen die Löhne. Das allgemeine Vorurteil, dass diese Firmen in Deutschland Arbeitsplätze vernichten, ist also falsch. Stattdessen werden enorme Werte am Markt geschaffen. Allein am Tag der Übernahme stieg der Kurs der Firmen im Durchschnitt um 5,6 Prozent. Langfristig waren die Unternehmen später mehr wert als vorher.
   Quelle: Die Zeit

Anmerkung: *Ein typisches Beispiel für die ökonomische Logik im Casino-Kapitalismus. Welche „Werte“ wurden denn realökonomisch geschaffen, dass*

durch den Einstieg eines Private-Equity-Fonds der Börsenkurs steigt und dass die Kurse eine zeitlang höher gehandelt werden? Das heißt doch nicht mehr und nicht weniger, als dass solche Firmen, bei denen ein solcher Investor einsteigt, höher gewettet werden. Wie sagte doch der Deutsche Bank-Chef Ackermann: Hier werden Leute vor Gericht gezogen, die „Werte“ geschaffen haben.

8. **Miese Wachstumsdaten: US-Wirtschaft schmiert ab**
   Das Wirtschaftswachstum in den USA hat sich dramatisch verlangsamt. Die größte Volkswirtschaft der Welt legte in den letzten drei Monaten 2007 nur noch um 0,6 Prozent zu. Nach Immobilienkrise und Börsencrash grassiert jetzt die Angst vor einer Rezession.
   Quelle: SPIEGEL
9. **Rezepte gegen globale Rezession gesucht**
   Am Wochenende sprach sich der IWF in Davos erstmals seit einem Vierteljahrhundert wieder für Konjunkturprogramme zur Stimulierung der Wirtschaft aus. Auch machten Überlegungen die Runde, ob Länder, die noch stabil wachsen, den anderen mittels expansiver Fiskalpolitik zur Hilfe eilen sollten. Dabei zeigten die Finger auch auf Deutschland, das nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen kann, sondern auch einen sehr hohen Exportüberschuss. Der Überschuss ist nichts anderes als vom Ausland „geklautes Wachstum“. Wenn Deutschland seine Binnennachfrage stärken würde, sei es durch Abgabensenkungen oder höhere Staatsausgaben, dann würde der extreme Exportüberschuss abgebaut und so dem Rest der Welt geholfen.
   Quelle: FR

   Anmerkung: *Brown, Merkel, Sarko, Prodi und vor allem Baroso haben sich jedoch bei ihrem Treffen in London einer solchen Wende entschieden in den Weg gestellt.*

10. **Lebenslüge bürgerliche Mehrheit**
    Es gibt grandiose Wahlsiege, die im Nichts enden. So könnte es der FDP nach der Bundestagswahl 2009 gehen, wenn sie sich so verhält wie jetzt in Hessen und wieder sagt, dass ohne CDU/CSU gar nichts geht.
    Quelle: FTD

    Anmerkung: *Der Liberale Chefkorrespondent der FTD, Peter Ehrlich, sorgt sich aus Angst vor der linken Mehrheit um die Liberalen.*

11. **Auswertung der Landtagswahlen durch das Berliner IG Metall Vorstandsbüro**
    Quelle: PDF-Datei [PDF – 140 KB]

    Anmerkung: *Bemerkenswert ist folgende Aussage: „Die hessische Landtagswahl war eine „Richtungswahl“. CDU und FDP sowie SPD und Grüne traten als konkurrierende Blöcke auf. Die Wahl zwischen diesen Lagern hat das sich selbst so beschreibende „bürgerliche Lager“ mit 55.000 Stimmen Vorsprung gewonnen.“*
    Die Linke wird also mit ihren Stimmen nicht zum Linken Lager gerechnet. Würde man sie einrechnen, hätten Rot-Rot-Grün 1.353.000 Stimmen gegenüber 1.269.000 des „bürgerlichen Lagers“. Sieht so ein Vorsprung des bürgerlichen Lagers aus?

12. **Florian Gerster: Das Chamäleon und die Berater**
    Im Kampf gegen Mindestlöhne haben die privaten Konkurrenten der Deutschen Post AG eine gemeinsame Speerspitze: Ihren eigenen Arbeitgeberverband, angeführt von Florian Gerster, dem geschassten Chef der Bundesagentur für Arbeit. Der ambivalente Lobbyist fiel bisher vor allem durch schlechte Berater auf.
    Quelle: Stern
13. **Uni-Reform als Zwangsneurose**
    Die Universität versucht auch heute wieder Unmögliches: Studierende millimetergenau in vielfach gestufte Arbeitswelten hinein zu qualifizieren. Arbeitsmärkte, Arbeitswelten und Stellenprofile verändern sich alle so rasch, dass jeder Versuch, dazu unmittelbar passende Ausbildungswege kreieren zu wollen, nur noch wie eine bildungspolitische Zwangsneurose erscheint – mit ebenso handfesten wie katastrophalen Folgen allerdings. Das Erziehungssystem hat einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft gewonnen. Gerade weil seine Fähigkeit schwindet, unmittelbar in bestimmte Berufe und Karrieren hinüberzugeleiten, nimmt seine Bedeutung auf allen anderen gesellschaftlichen Gebieten zu: im Hinblick auf Konfliktfähigkeit im Alltag, auf Demokratiefähigkeit, auf die Fähigkeit, sich unter beständig sich wandelnden Lebensumständen zurechtzufinden. Für die Universität aber heißt dies: Sie hätte heute diejenige Bildungsinstitution sein, die so viele Absolventen wie möglich in die Lage versetzt, in jedem gesellschaftlichen Bereich, in jeder Lebenslage, in allen noch unabsehbaren Arbeitsfeldern der Zukunft umsichtiger, reflektierter, klüger,

sensibler und kreativer zu agieren als jeder andere dies könnte. Und für die Hochschulpolitik, dass sie dringend zu begreifen hätte, welches Gewicht ihre Entscheidungen für die Zukunft dieser Gesellschaft haben.
Quelle: taz

Anmerkung: *Man könnte es viel einfacher sagen: Ein Studium müsste dazu befähigen, mit einer soliden wissenschaftlichen Basis neue Probleme lösen zu können. Das eingeführte Paukstudium namens Bachelor vermittelt passives Wissen ohne Tiefgang, aber nicht die Fähigkeit zur wissenschaftlichen Problemlösung. Die Modularisierung zerhackt zielführendes Studieren in Fast-Food-Happen, so als müsse man zur Lösung eines realen Problems in der Berufswelt nur ein Wissensmodul einsetzen.*

14. **Die Väter der 68er**
Am heutigen Tag kreuzen sich die Erinnerungen an die 75. Wiederkehr der Machtergreifung Hitlers und die ausgedehnten Feierlichkeiten für die deutschen 68er. Zwischen beiden Daten liegt der Abstand einer Generation. Das heißt grosso modo: Die jungen und besonders tatendurstigen Gefolgsleute der NSDAP, die 33er, wurden – oft infolge von Krieg und Gefangenschaft etwas verzögert – die Eltern der späteren 68er. Deshalb liegt es nahe, an diesem 30. Januar die Parallelen in den Blick zu nehmen, die zwischen den politischen Sturm- und Drangjahren der unmittelbar aufeinander folgenden Generationskohorten bestehen.
Quelle: FR

Anmerkung: *Götz Aly tut das, was die meisten tun, die heute über die 68er schreiben: Sie differenzieren nicht. Eine realistische Betrachtung könnte ja nur ihre vorgefasste Meinung stören, hier z.B. Alys absurden Vergleich der NS-(Jugend-) Bewegung mit der 68er-Studentenbewegung. Ein Historiker, der die Vergangenheit nicht mehr differenziert betrachtet, macht einen der schlimmsten handwerklichen Fehler. Zur Vielfalt der theoretischen und weltanschaulichen Strömungen der 68er vgl. NachDenkSeiten: 2008 – 40 Jahre 68er.*

Aly bemerkt als Holocaust-Forscher nicht einmal mehr (oder er tut das ganz bewusst), dass er mit seiner Gleichsetzung der 68er mit der NS-Vätergeneration auf die Linie der Totalitarismus-Ideologen einschwenkt, die schon immer versucht haben, Nazis und Kommunisten gleichzusetzen, um die Singularität des NS-Terrors und NS-Völkermords als normale Auswüchse

unterschiedlicher Ideologien, wie etwa des Stalinismus, herunterzuspielen und damit den Faschismus zu verharmlosen. Daraus versuchen sie, sowohl eine Waffe gegen die NS-Kritiker als auch gegen die Linke insgesamt zu schmieden. Rot gleich Braun, das ist die simple Methode der konservativen Denunziation. Wie hat Götz Aly doch einstmals so richtig geschrieben: „Geschichte erfordert Demut und hält nur die eine Lehre bereit: Niemand steht auf der sicheren Seite.“ Von Demut ist bei diesem Beitrag in der FR nichts mehr zu spüren. In „Unser Kampf“ geht es um den Kampf gegen alles, was Aly für links hält, und um einen weiteren Versuch, den Nationalsozialismus zu verharmlosen.

15. **Ulrich Tilgner im Konflikt mit dem ZDF: Wundgerieben**
ZDF-Nahost-Korrespondent Ulrich Tilgner zweifelt an den journalistischen Methoden des Mainzer Senders. Mit Schröder habe der eingebettete Journalismus in Deutschland begonnen.
Quelle: SZ
16. **Kritik an dem Aufsatz von Beitrag von Frédéric Lordon „Mechanik der Finanzkrise“**

Der Autor des Buches „Geld arbeitet nicht“ Hauke Fürstenwerth kritisiert unseren gestern eingestellten Beitrag:

> Gerade habe ich den Artikel zur Mechanik der Finanzkrise gelesen. Ihrer Einschätzung, es handele sich um „eine gute Analyse, wie es zur derzeitigen Finanzkrise gekommen ist“, kann ich nicht folgen. Der Artikel enthält eine Reihe von sachlichen Fehlern (u.a. CDOs sind keine Derivate) und blendet entscheidende Sachverhalte aus. Im Gegensatz zu den Preisen der vertrauten Produkte der Realwirtschaft werden die Preise für viele Finanzprodukte nicht nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage festgesetzt, sondern zentral von den Ratingagenturen bestimmt. Über diesen Mechanismus sind Akteure in das Kreditgeschäft eingestiegen, die aus eigener Kenntnis nicht in der Lage waren, zu beurteilen, womit sie handeln.
> Getrieben wurde das Geschäft von Handelsgewinnen, nicht von den Zinserträgen der Kredite. Will man also Ansätze zur Eindämmung derartiger Exzesse finden, so muss auf diese Sachverhalte eingegangen werden. Leider ist das in dem Le Monde-Artikel nicht der Fall, dieser verliert sich in einer unsachlichen Aufbereitung der

Zusammenhänge, die dann doch nur wieder zur pauschalen Verdammung von „Hedgefonds, „Kapitalmarkt“ und „Globalisierung“ führt. Mit Ideologie und Polemik lassen sich keine Lösungsansätze realer Probleme finden.
In meinem Buch „Geld arbeitet nicht“ habe ich u.a. versucht, die Zusammenhänge der subprime crisis im Kontext des Verhältnisses von Realwirtschaft zu Finanzwirtschaft ausführlich zu beschreiben.

17. **Zu guter letzt:**
... et is ald widder su wigg !!! Mr fiere Fasteleer!!!
Dazu die passende Studie des Unternehmensberaters McWinsey & Company zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Kölner Karnevals mit einem Karnevalsindex (KIX) für Deutschland.
Quelle: McWinsey & Company [PPT – 164 KB]